



Andrea Di Michele: Dall'annessione al fascismo: le relazioni italo-austriache e l'Alto Adige

Oggetto di questa relazione sono i rapporti italo-austriaci nel primo decennio successivo alla prima guerra mondiale.

Il quadro generale si caratterizza per il completo ribaltamento dei rapporti di forza tra Austria e Italia, con Vienna che passa dal ruolo di grande potenza a quello di piccolo stato alpino dal peso politico enormemente ridimensionato. I due paesi confinanti si dimostrano immediatamente interessati a superare in fretta l' "inimicizia ereditaria" che li aveva divisi, in nome dei reciproci interessi concreti. L'Italia vuole aumentare il peso politico ed economico in Austria, con la prospettiva di farne il trampolino di lancio verso l'area danubiano-balcanica, caratterizzata da un gigantesco vuoto di potere determinatosi con il crollo dell'Impero asburgico. Da parte sua, l'Austria, in grandi difficoltà economiche e politiche, ha tutto l'interesse a stringere buoni rapporti con il vicino vincitore e futuro partner in primo luogo in campo economico. A unire i due paesi vi è poi il reciproco interesse a contenere le pretese territoriali del neonato vicino jugoslavo.

Accanto a questi elementi che avvicinano i due paesi, si colloca la questione altoatesina, che invece rappresenta un ostacolo al dialogo bilaterale. L'Italia non accetta alcuna ingerenza austriaca su questioni che riguardano il trattamento della popolazione di lingua tedesca, attuando una politica contraddittoria che oscilla tra aperture al vicino che si vuole amico e l'assoluta contrarietà a rinunciare a quelli che ancora si definiscono i "diritti della vittoria".

Il fascismo continua ed esaspera questa contraddizione, rifiutando con veemenza qualsiasi invito alla moderazione proveniente dall'Austria, dove la politica di italianizzazione del Sudtirolo viene seguita con grande apprensione. È soprattutto da Innsbruck che giungono le critiche più accese al comportamento del fascismo, critiche che vengono vissute con difficoltà dal governo di Vienna, combattuto tra la volontà di proseguire nella politica di collaborazione con Roma e l'impossibilità di ignorare i richiami alla difesa dei sudtirolesi. Nel corso degli anni venti non mancano i momenti di tensione tra i due governi, ma in conclusione si può affermare che la questione sudtirolese non si dimostrò mai sufficiente a mettere veramente in discussione i rapporti bilaterali, rappresentando però un costante elemento di fibrillazione.

Jörg Ernesti: Katholische Kirche 1918-1940

Durch die politischen Umwälzungen infolge des Ersten Weltkriegs entstand für die Kirche im Gebiet des heutigen Südtirol eine äußerst komplizierte Situation. Die 1300 alte Diözese Brixen wurde nun geteilt. Zwei Drittel der Gläubigen lebten im österreichischen Ausland. Der Vatikan verfolgte mit seiner Politik zwei Prinzipien: Ein Bistum darf nicht Ländergrenzen überschreiten; neue Grenzziehungen werden nur berücksichtigt, wenn diese auf der Basis des Völkerrechts allgemein anerkannt sind. So erklärt es sich, dass nach 1918 zunächst nur ein kirchenrechtliches Provisorium geschaffen wurde. Erst 1964 wurden im Zuge der politischen Autonomie zwei neue Bistümer mit je eigener Provinzialzugehörigkeit geschaffen bzw. neu umschrieben (Bozen-Brixen und Innsbruck).

Die Rumpfdiözese Brixen bestand nach dem Ersten Weltkrieg fast ausschließlich aus deutschen und ladinischen Gläubigen. Anders sah es in Meran und Bozen aus, wo der Anteil an Italienern stetig zunahm. Zusammen mit dem Unterland und dem Vinschgau gehörten die beiden Städte zum Bistum Trient. Die zwanziger Jahre sind von einer starken Solidarität der deutschen Gläubigen über die Bistumsgrenzen hinweg gekennzeichnet. Die Kirche in Südtirol wurde so zu einem Hort des Deutschtums in Zeiten der erzwungenen Italianisierung. Seelsorge, Religionsunterricht und kirchennahes Pressewesen bildeten kulturell-gesellschaftliche Refugien für alle, die als Deutsche leben wollten. Die Kirche wurde als „Schutzraum gegenüber den Zumutungen des Regimes“ erlebt: „Muttersprachliche Schule, Kultur und Presse verdankten ihren Fortbestand dem Einsatz der Ortskirche und ihrer herausragenden Vertreter“ (Hans Heiss). Bisher noch kaum beleuchtet wurde, wie sich seit den zwanziger Jahren allmählich kirchliche Parallelstrukturen für die italienischen Muttersprachler besonders in Meran und Bozen entwickelten.

Es hat durchaus etwas Tragisches, dass die Einheit zwischen deutschsprachigem Kirchenvolk und Klerus über der Frage der Option zerbrach. Während die Bistumsleitung von Brixen (Bischof Geisler und Generalvikar Pompanin) die Option befürwortete und vor Umsiedlungen im Fall des Dableibens warnte, suchte dessen Trientner Amtsbruder Endrici derlei Sorgen zu zerstreuen. Über 90 % der Kleriker sprachen sich anders als die Mehrheit der Bevölkerung gegen die Option aus. So kam es zu einer dreifachen Zerreißprobe: Zwischen den beiden Bischöfen, zwischen Geisler und seinem Klerus, zwischen Klerus und Optanten.

Stefan Lechner: „Lebensfrage für Südtirol“: Die Revision der Staatsbürgerschaftsoptionen von 1939

Im Vorfeld des Zweiten Weltkriegs vereinbarten das faschistische Italien und das nationalsozialistische Deutschland die Staatsbürgerschaftsoption für die Südtiroler. Die große Mehrheit entschied sich für die Auswanderung in das „Reich“, ca. ein Drittel

der Optanten wanderte tatsächlich ab.

Nach dem Kriegsende war die Staatsbürgerschaft der in Italien verbliebenen Optanten vorläufig ungeklärt. Die italienische Regierung, die Südtiroler selbst und auch die österreichische Regierung waren an einer möglichst raschen Regelung interessiert. So war das Problem auch Gegenstand der italienisch-österreichischen Verhandlungen in Paris im Sommer 1946. Im dritten Artikel des De Gasperi-Gruber-Abkommens vom 5. September 1946 verpflichtete sich Italien, innerhalb eines Jahres die Staatsbürgerschaftsoptionen von 1939 zu revidieren, und zwar in einem Geist der Billigkeit und Weitherzigkeit. Die Regelung sollte in italienisch-österreichischer Absprache erfolgen. Im Rückblick betrachtet war die Aufnahme des Optantenproblems in das De Gasperi-Gruber-Abkommen aus Südtiroler Perspektive nicht notwendig, sondern sogar ein Fehler gewesen. Unmittelbar vor der Vertragsunterzeichnung hatte der italienische Ministerrat einen Gesetzentwurf zur Revision der Optionen angenommen, der von einer italienisch-südtirolerischen Kommission in Bozen seit Frühjahr 1946 ausgearbeitet worden war. Der Pariser Vertrag machte diesen allerdings obsolet.

Die Aufnahme der zwischen Italien und Österreich vorgesehenen Gespräche verzögerte sich. Und dies, obwohl die Südtiroler Volkspartei (SVP) nachdrücklich auf eine rasche Lösung des Problems drängte. Das wirtschaftliche, soziale und politische Leben in der Provinz wurde durch die ungeklärte Staatsbürgerschaft der Optanten stark beeinträchtigt, die Rückkehr der abgewanderten Südtiroler war für die SVP die Voraussetzung für die Durchführung der Autonomie und den Fortbestand der Südtiroler Volksgruppe. Erst ab Frühjahr 1947 widmete sich Außenminister Karl Gruber verstärkt Südtirol. Nun hatten sich die Kräfteverhältnisse zwischen Italien und Österreich im Vergleich zur Situation ein Jahr zuvor jedoch eindeutig zu Ungunsten der Alpenrepublik verschoben. Österreich war durch den verfehlten Abschluss eines Staatsvertrages mit den Alliierten geschwächt, während Italien durch seinen Friedensvertrag im Februar 1947 mittlerweile die volle Souveränität zurückerhalten hatte. Rom, das im Gegensatz zu Wien keinerlei Interesse an einer massenhaften Rückkehr von Südtiroler Umsiedlern hatte, war nicht mehr gewillt, sämtliche noch 1946 vorgesehene Zusagen erneut zu gewähren, im Gegenteil, es war sogar beabsichtigt, die Ausschlussgründe vom Wiedererwerb der Staatsbürgerschaft zu verschärfen. Dies stand auch im Zusammenhang mit Anzeichen eines Wiederaufkeimens des Irredentismus in der Grenzprovinz, weshalb die italienische Regierung das ungelöste Optantenproblem als politisches Druckmittel in der Südtirolfrage allgemein einsetzte.

Im November 1947 konnte schließlich in bilateralen Gesprächen in Rom eine Einigung zwischen den beiden Staaten erzielt werden. Durch das darauffolgende Optantendekret vom 5. Februar 1948 wurde den allermeisten Südtirolern die Möglichkeit eröffnet, wieder in den Besitz der italienischen Staatsbürgerschaft zu gelangen. Die Umsiedler konnten in ihre Heimat zurückkehren. Immerhin ca. 4.000 Südtirolern wurde die Wiedereinbürgerung allerdings verweigert.

Eine frühere und auch vorteilhaftere Regelung wäre bereits ein Jahr früher möglich gewesen, wäre der Gesetzentwurf von 1946 in Kraft getreten. Die zeitliche Verzögerung zog für die Südtiroler große Nachteile nach sich und der Rückkehrwille der Umsiedler hatte innerhalb eines Jahres merklich nachgelassen. Die Erwartungen der Südtiroler und Außenminister Grubers, durch den Pariser Vertrag eine bessere Lösung in der Optantenfrage zu erzielen, als jene, die zwischen Rom und Bozen vereinbart worden war, erfüllten sich nicht.

Peter Thaler: Der Sonderfall: Südtirol und die Grenzen der österreichischen Nachkriegsnation

Nach dem Ersten Weltkrieg wurden die deutschsprachigen Bewohner der vormaligen Habsburgermonarchie auf die Nachfolgestaaten verteilt. Von 12 Millionen Bürgern fanden sich nur wenig mehr als die Hälfte in der neuen österreichischen Republik wieder. Damit trennte sich die geschichtliche Entwicklung einer Bevölkerung, die sich zumindest in der österreichischen Reichshälfte als Teil eines einheitlichen deutschösterreichischen Staatsvolkes verstanden hatte.

Trotz dieser unterschiedlichen politischen Wege bewahrten die Österreicher in der Zwischenkriegszeit ein besonderes Verhältnis zu ihren ehemaligen Mitbürgern. Als einzige deutschsprachige Teilgruppe der Monarchie, die nunmehr einen eigenen Staat hatte, sahen sich die Bewohner der österreichischen Republik zu Solidarität mit ihren zu nationalen Minderheiten gewordenen Sprachgenossen aufgerufen. Da sich die österreichische Republik auch selbst als deutscher Staat definierte, stand das deutsche Selbstverständnis dieser Minderheiten einer Zusammenarbeit nicht im Wege.

Mit der nationalen Umorientierung Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg veränderte sich auch die Grundhaltung zu diesen Bevölkerungen. Als sogenannte Volksdeutsche fielen sie nach staatlicher Selbstauffassung nicht in den österreichischen

Zuständigkeitsbereich. Dass man aufgrund der noch weitaus umfangreicheren Flüchtlingsströme ins Nachkriegsdeutschland einen erheblichen Teil von ihnen im Lande behalten musste, wurde von amtlicher Seite anfangs vornehmlich als unverdiente Belastung empfunden.

Die Südtirolfrage hätte somit bei theoretischer Folgerichtigkeit eine Herausforderung für den österreichischen Nachkriegsnationalismus werden können. In der Praxis erwies sich dagegen die pragmatische Anpassungsfähigkeit nationaler Argumentationsweisen. Über Parteigrenzen hinweg verband die österreichische Nachkriegsrepublik ihr Selbstverständnis als nichtethnische Staatsnation mit dem moralischen Anspruch auf ein kulturell nahestehendes Gebiet wie Südtirol. Dadurch entwickelte Südtirol sich zu einem einigenden Identitätssymbol für die österreichische Nachkriegsrepublik.

Federico Scarano: L'Italia e il problema sudtirolese da Mussolini a Moro (1919–1969)

La posizione dell'Italia riguardo al problema dell'Alto Adige dal 1919 al 1969 può sicuramente essere suddivisa nei due periodi del fascismo e della Repubblica. Periodi contrassegnati da tre protagonisti principali: Mussolini, De Gasperi, Moro e molti minori i più importanti dei quali furono Scelba, Fanfani, Segni e Saragat.

Il periodo mussoliniano fu quello più lungo e che ebbe anche le maggiori conseguenze negative a causa della politica d'italianizzazione forzata della popolazione sudtirolese che Mussolini attuò dopo qualche esitazione sposando le cervellotiche teorie di estremo nazionalista italiano del professore trentino Ettore Tolomei. Questa politica provocò la più recisa opposizione da parte dei Sudtirolesi e le maggiori proteste in Germania e in Austria tra l'altro indebolendo quella che era la politica di Mussolini di rafforzare l'indipendenza austriaca dinanzi ai pericoli di un Anschluss con la Germania. Proprio la soluzione del problema dell'Alto Adige sembrò essere un fondamentale punto di unione tra Hitler e Mussolini in quanto il capo del nazismo, forse unico tra i nazionalisti tedeschi, aveva dichiarato sin dal 1922 che l'amicizia dell'Italia valeva la rinuncia al Sudtirolo. Tuttavia l'accordo con Hitler con le opzioni dei Sudtirolesi dell'autunno – inverno 1939, corollario dell'alleanza tra i due regimi, non risolse il problema e anzi rappresentò per Mussolini una clamorosa sconfitta. Infatti i Sudtirolesi votarono all'86% per trasferirsi in Germania, nonostante la politica del governo italiano tendente a trattenerne una metà, e, dopo l'armistizio italiano dell'8 settembre, il Terzo Reich si annetté di fatto anche se non ufficialmente la provincia.

Dopo le macerie materiali e morali lasciate dalla guerra e dalle dittature la politica della Repubblica italiana cercò con gli accordi De Gasperi-Gruber di garantire l'autonomia ai Sudtirolesi e il loro libero sviluppo culturale, ma nello stesso tempo di rendere impossibile un distacco dei Sudtirolesi dall'Italia quali essi avevano invano cercato dopo la guerra. Tuttavia le mancanze nell'applicazione degli accordi e dello statuto di autonomia e il fatto che non fosse stata creata una regione autonoma sudtirolese, ma una provincia autonoma nell'ambito della regione Trentino Alto Adige, provocarono dalla metà degli anni '50 la protesta della popolazione sudtirolese fortemente appoggiata dall'Austria. Vienna accusò il governo italiano di inadempienza degli accordi De Gasperi-Gruber e avrebbe portato la questione dinanzi all'ONU.

Anche leader democristiani conservatori come Segni e Scelba si rifacevano allo schema di De Gasperi e anzi avevano simpatia per i sudtirolesi dei quali apprezzavano il forte anticomunismo e la fede cattolica, ma ne temevano la volontà di staccarsi dall'Italia nel caso della creazione di una regione autonoma che non sarebbe mai stata accettata dal governo italiano ed erano anche contrari a che l'Austria giocasse un ruolo.

Proprio Scelba, come ministro degli Interni, fortemente appoggiato dal presidente del Consiglio Amintore Fanfani e dal segretario della DC Aldo Moro avrebbe affrontato la grave crisi seguita all'esplosione del terrorismo sudtirolese agli inizi degli anni '60. Egli attuò una politica di forte repressione del terrorismo, ma nello stesso tempo decise di stabilire una Commissione di italiani e rappresentanti sudtirolesi per suggerire le misure necessarie per migliorare l'autonomia della provincia di Bolzano, riprendendo una sua vecchia proposta di aprire trattative dirette tra Roma e i politici sudtirolesi, in precedenza esclusa da questi ultimi. Questa Commissione, detta dei 19, sarebbe stata fondamentale per avviare la soluzione del problema. Tuttavia la soluzione finale sarebbe stata molto complessa dinanzi all'intensificarsi degli attentati terroristici che puntavano a sabotare qualsiasi accordo, dinanzi alle diffidenze e alle ostilità degli ambienti italiani più nazionalisti e conservatori, alla volontà della maggioranza dei sudtirolesi di non rinunciare al diritto all'autodeterminazione appoggiati da importanti ambienti austriaci alcuni dei quali erano anche compromessi con gli attentati terroristici.

Sarebbe quindi stata decisiva la volontà di arrivare ad un accordo di Aldo Moro, presidente del Consiglio dal dicembre 1963 al luglio 1968 e ministro degli Esteri dall'agosto 1969, che era riuscito anche tramite il suo collega di partito e amico bolzanino Alcide Berloff a stabilire un importante rapporto con il moderato leader della SVP Silvius Magnago.

Moro non era interessato a risolvere la vertenza solo per ragioni di politica interna e morali, ma perseguiva anche un preciso piano strategico di politica estera volendo superare la guerra fredda e arrivare alla distensione internazionale costituendo un blocco di Paesi di buona volontà tra cui l'Austria, Paese neutrale ma di regime occidentale, la Jugoslavia altrettanto neutrale ma con un regime comunista, l'Italia Paese della NATO e un Paese del blocco di Varsavia come l'Ungheria o forse la Polonia.

La soluzione proposta da Moro sarebbe stata accettata con una piccola maggioranza dal congresso straordinario della SVP del 22 e 23 novembre 1969 e poi ratificata dallo stesso Moro e dal ministro degli Esteri austriaco Kurt Waldheim il successivo 30 novembre. Essa prevedeva maggiori concessioni ai Sudtirolesi nelle misure già previste dalle deliberazioni della Commissione promossa da Scelba, il cosiddetto «Pacchetto». La garanzia internazionale di queste misure, con il ricorso alla Corte internazionale di Giustizia

dell'Aja, in caso di controversie, non era tale da dare agli italiani maggiori obblighi di coinvolgimento esterno di quelli già derivati dagli accordi De Gasperi-Gruber e l'Austria avrebbe dovuto rilasciare all'ONU la definitiva dichiarazione di chiusura della controversia solo quando tutte le norme del pacchetto sarebbero state effettivamente applicate.

Thomas Riegler: Was wusste Bruno Kreisky? Der österreichische Außenminister und der Konflikt in Südtirol

Man stelle sich vor: Ein amtierender Außenminister empfängt mehrmals Anführer einer Untergrundbewegung, die im benachbarten Ausland zunächst noch unblutige Sprengstoffattentate unternimmt – und er trifft sie keineswegs im Verborgenen, sondern in seinem Amtssitz und bei sich zuhause. Dabei vermittelt er ihnen angeblich, dass es gut wäre, wenn es „einmal bumst“. Anschließend geht's gemeinsam in eine Gaststätte. Das hat Bruno Kreisky während des Südtirolkonflikts in den frühen 1960er Jahren getan – ausgerechnet jener Kreisky, der 1970 zum langjährigen österreichischen

Bundeskanzler aufrückt. Noch heute wird er vor allem wegen seiner Friedens- und Neutralitätspolitik gewürdigt. Vergleichsweise weniger präsent ist dagegen Kreiskys Rolle und seine Verbindungen zum *Befreiungsausschuss Südtirol* (BAS).

Kreisky handelte freilich nicht allein. Österreich war in operationeller, logistischer und politischer Hinsicht das „Hinterland“ für den BAS. Ohne diese substanzielle Starthilfe hätte es den BAS in dieser Form vielleicht nie gegeben. Das stillschweigende Einverständnis zwischen Kreisky und den Südtiroler Untergrundkämpfern dürfte noch bis nach der „Feuernacht“ 1961 angehalten haben – solange jedenfalls, wie sich die Attentate politisch instrumentalisieren ließen.

Dieses Fenster“ schloss sich aber rasch, vor nachdem Italien mit der Einsetzung der Neunzehnerkommission eine Lösung im Inneren in Gang setzte. Die unerwartet schnelle Zerschlagung des Südtiroler BAS, dessen Fragmentierung in radikale Splitter und die Repression schufen ein Klima, in dem sich die Gewalt hochschaukelte.

Spätestens ab 1963 schlug der Konflikt auf Österreich selbst zurück: Es kam zu Vergeltungsanschlägen italienischer Neofaschisten, während Italien mit dem Hinweis auf die ungenügende Vorgangsweise gegen die Südtirol-Attentäter stets den Finger in die Wunde legen konnte.

Auch wenn Kreisky und andere Akteure dafür persönlich nicht verantwortlich sind, hatten sie eine Dynamik mit in Gang gesetzt, die sich zunehmend als unkontrollierbar erwies und auf sie zurückfiel. Dass Kreisky der „krönende“ Abschluss seiner mehrjährigen intensiven Bemühungen verwehrt blieb, war insofern eine bittere, aber folgerichtige Schlusspointe.

Luciano Monzali: Andreotti, il Sudtirolo e l'Austria 1972-1992

Giulio Andreotti, uno dei protagonisti della vita politica italiana nella seconda metà del Novecento, fu uno dei politici della Prima Repubblica che dedicò maggiore attenzione al problema dei rapporti con l'Austria e alla questione dell'Alto Adige/Sudtirolo.

L'attenzione verso l'Austria derivò dalla consapevolezza dell'importanza per uno Stato come l'Italia, debole militarmente e fragile sul piano politico interno, di avere buoni e pacifici rapporti con i vicini, nonché confini certi e riconosciuti internazionalmente. L'Austria è anche importante per lo Stato italiano in quanto principale via di transito e comunicazione con l'Europa centrale e settentrionale.

Allievo e stretto collaboratore di Alcide De Gasperi, dallo statista trentino Andreotti trasse l'insegnamento che la cooperazione europea è per l'Italia un fondamentale strumento per la difesa e la realizzazione dei propri interessi nazionali, così come la convinzione che la via del negoziato pacifico con l'Austria e con i Sudtirolesi di lingua tedesca e la ricerca di un compromesso con la *Südtiroler Volkspartei*, principale partito altoatesino, fossero il modo migliore per affrontare e risolvere la vertenza altoatesina. In particolare a partire dagli anni Sessanta e nei decenni successivi, nel corso della sua lunga attività politica e governativa come ministro e presidente del Consiglio, il politico romano si dimostrò un convinto e coerente fautore del dialogo con la minoranza di lingua tedesca.

La ricostruzione del negoziato diplomatico che portò alla conclusione della controversia sull'applicazione dell'accordo De Gasperi-Gruber e alla chiusura della vertenza altoatesina fra Italia e Austria sul piano internazionale nel giugno 1992 indica che Andreotti svolse un ruolo decisivo nel completamento del Pacchetto di misure a favore delle popolazioni altoatesine promesso dal governo di Roma in occasione dell'intesa italo-austriaca di Copenaghen del novembre 1969. Pure importante fu l'impegno del politico romano, congiunto a quello del governo di Vienna, nel facilitare il superamento dei dubbi e delle obiezioni della *Südtiroler Volkspartei* SVP relativamente alla chiusura formale della vertenza altoatesina di fronte all'ONU.

In questo suo impegno per la pacificazione italo-austriaca Giulio Andreotti si dimostrò erede e prosecutore della lezione di politica estera di De Gasperi, fondata sul sostegno al processo d'integrazione europea e alla coesistenza pacifica fra gli Stati vicini.

Hans Heiss: Senso e prospettive dell'Euregio Tirol

„Dem Land Tirol die Treue?“ – Europaregion auf schwankendem Grund.

Die Europa-Region Tirol ist ein Gradmesser für die Beziehungen zwischen den Ländern bzw. Provinzen Tirol, Südtirol und Trentino. Ihrer Festigung gelten bis in die Gegenwart zwar erhebliche Anstrengungen, die konkrete Ausgestaltung der Euregio lässt aber weiterhin viele Wünsche offen. Nachdem sie lange Zeit ohne rechtliche Grundlage war und eine vielfach nur deklaratorische Grundlage der Zusammenarbeit bildete, hat sie in Gestalt der EVTZ (Europäischer Verbund Territorialer Zusammenarbeit) eine zwar schmale, aber tragfähige Rechtsgrundlage trotz sperrigen Titels gewonnen.

Die Europaregion ist trotz solcher Einschränkungen ein Indikator der bilateralen Beziehungen zwischen Italien und Österreich, die sich auch über diesen Kanal äußern, ein Sensor des seit dem EU-Beitritt offiziell zwar intensiven und optimalen Verhältnisses beider Länder, das aber atmosphärisch keinesfalls reibungsfrei verläuft.

Der Startzeitpunkt nach 1990

Die Euregio, zunächst als Europaregion Tirol lanciert, rückte um 1996 konkret auf die politische Agenda, nachdem durch die Streitbeilegungserklärung zwischen Italien und Österreich in der Südtirol-Frage 1992 und nach dem EU-Beitritt Österreichs 1995 eine neue bilaterale Ebene staatlicher Beziehungen ebenso erreicht worden war, wie auch das Verhältnis zwischen Tirol und Südtirol von Altlasten befreit erschien. Dies galt auch für die Beziehungen beider Länder mit dem Trentino, das bis dahin vor allem aus Südtiroler Sicht als Bedrohung der eigenen Autonomie und „Wachhund Roms“ wahrgenommen worden war, zeitweilig nicht nur zu Unrecht. Um 1993/94 war das Schlagwort einer Euregio bereits geboren, wobei hinter dem versöhnlich wirkenden *Passe-Partout*-Begriff freilich zwei grundlegend stark kontrastierende Konzepte standen. Zum einen die Perspektive verstärkter Kooperation im Zuge einer neuen Phase des Föderalismus, zum anderen aber auch die ethnoregionale Vision eines engen Zusammengehens von Tirol und Südtirol, unter bewusster Distanzierung vom Trentino, als allfällig erstes Stadium einer erhofften Sezession.

EU-Beitritt Österreichs und seine Folgen

Der EU-Beitritt Österreichs ab 1. Jänner 1995 eröffnete neue Spielräume, da nun die Grenzen zwischen Österreich und Italien, zumal am neuralgischen Punkt des Brenner, deutlich an Relevanz verlor: Freizügigkeit und Wirtschaftsverkehr waren stark erleichtert, die EU und Brüssel/Strassburg neue Bezugspunkte, sodass es zunächst ganz pragmatisch galt, die Fülle an Chancen zu erkunden. Die folgenden Jahre machten deutlich, dass sich die Europaregion für die Landesregierungen vorab als Feld der Symbolpolitik eignete, mit der sich relativ folgenlos abwechselnd die Zusammengehörigkeit Tirols und Südtirols, die die bewährte Flagge „geistig-kultureller Landeseinheit“ hissten, unter allfälliger Einbeziehung Trients, demonstrieren ließ. Als Element innerer Kohäsion und äußerer Abgrenzung war die ERT auf diese Weise eine dankbare Arena mit minimalem Risiko für die Landespolitik in Innsbruck, Bozen und Trient.

Die Umsetzung des Schengen-Abkommens 1998 mit Beseitigung der Grenzkontrollen erwies sich als symbolstarker Moment, bei der die Landeshauptleute Weingartner und Durnwalder mit der eigenhändigen Hebung der Grenzbalken am Brenner eine niederschwellige Annäherung der Länder nördlich und südlich des Passes öffentlichkeitswirksam zu bekunden.

Grenzen der Euregio-Annäherung

Dass sich freilich unterhalb der Ebene offizieller Euregio-Euphorie die jeweiligen Interessen in vielen Bereichen auseinander entwickelten, war um das Jahr 2000 unschwer feststellbar:

So zeigten sich in den Bereichen Verkehr und Wirtschaftspolitik die Grenzen der Euregio-Annäherung, die durch die Kohäsionskraft und die *soft skills* der rhetorisch oft aufgerufenen „geistig-kulturellen Landeseinheit“ kaum abgefangen wurden.

Dennoch zeigte sich bald nach 2000, dass die Ebene informeller Zusammenarbeit in der ERT, zumal im Rahmen der alle zwei Jahre stattfindenden „Dreierlandtage“ von beschränkter Wirkung blieb. Die von der italienischen Rechten und Zentralisten in Wien und Rom befürchtete „ethnoregionale Schlagseite“ eines *pantirologismo* blieb auf diesen weitgehend „zahnlosen“ Gremien aus, wenn etwa auf den Dreierlandtagen in Meran (2005), Innsbruck (2007) oder Mezzocorona (2009) gemeinsame Entschlüsse im Eiltempo dutzendweise verabschiedet wurden. Die Beschlüsse waren zwar oft gehaltvoll und von guten Absichten begleitet, ihre Umsetzung ließ aber zu wünschen übrig, sodass solchen „Elefantenhochzeiten“ vor allem atmosphärische und kommunikative Wirkung zukam.

Wendepunkt 2009

Erst das Jahr 2009 markierte einen entschiedenen Wendepunkt auf der Ebene der ERT, da zu diesem Zeitpunkt politische Konstellationen, Symbolpolitik und neue rechtliche Grundlagen einen Neuaufbruch ermöglichten.

- Die anhaltenden Angriffe der Mitte-Rechts-Regierung Berlusconi (2008-2011) in Italien auf die Autonomien hatten zur Folge, dass sich das Gewicht der Sezessionsbewegten in Südtirol verstärkte und sich in Kundgebungen deutlich Gehör

verschaffte. Gegen die neue Welle des „Deutschpatriotismus“ waren südlich des Brenners tragfähigere Konzepte der Euregio gefragt, die über die losen, symbolischen Formen hinausweisen.

- Das Gedenken an die Tiroler „Erhebung“ von 1809 beflügelte eine Reihe gemeinsamer Initiativen der Länder, wobei der Verlauf des „Gedenkjahres“ die Übereinstimmung und Differenzen zwischen Tirol, Südtirol und Trentino wieder einmal nachdrücklich verdeutlichten.
- Die institutionelle Festigung der ERT wurde gestärkt durch die Gründung eines „Europäischen Verbunds Territorialer Zusammenarbeit“ (EVTZ), der im Sinne einer EU-Verordnung eine juristisch konsolidierte Zusammenarbeit der Länder in bestimmten Bereichen (Bildung, Gesundheit) ermöglichte. Die Gründung des EVTZ erhielt auf dem Dreierlandtag in Mezzocorona im Oktober 2009 den offiziellen Startschuss und erfuhr seither eine relativ konsequente Ausgestaltung.

Die Entwicklung der Europa-Region erweist seither die gewohnten Schwankungen zwischen Symbolpolitik, tagesaktueller Instrumentalisierung und wirkungsvollen Auftritten als Plattform der Bilateralisierung zwischen Österreich und Italien.

Bewährungsproben und künftige Chancen

Eine wesentliche Rolle spielt dabei der Wechsel der Landesspitzen, wo in Tirol die Kontinuität von LH Günther Platter (seit 2008) anhält, während in Südtirol der neue LH Kompatscher (ab 2014) die euregionale Ebene im Vergleich zu seinem Vorgänger mit größerer Entschiedenheit und strategischen Perspektiven die euregionale Ebene nutzte. Die Trientiner Präsenz blieb konstant engagiert, da das Interesse an euregionaler Verankerung wichtigen Gehalt gegen Zentralisierungstendenzen in Italien bot. Dass die Euregio eine gewichtige Stimme auf europäischer und bilateraler Ebene spielen konnte, zeigte sich anlässlich der ab Herbst 2015 einsetzenden Flüchtlingskrise, die die Beziehungen zwischen Italien und Österreich in spürbarem Maß belastete.